



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen

Kasseedorf im Januar 2020

Mein

JAHRESRÜCKBLICK 2019 und AUSBLICK auf 2020



Büro Eutin

Tel. 04521-71611

Fax 04521-78386

bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

www.bettina-hagedorn.de

www.facebook.com/BettinaHagedornMdB/

Büro Berlin

Tel. 030-227-73832

Fax 030-227-76920

bettina.hagedorn@bundestag.de

INHALT

SEITE

- 3 Vorwort**
- 4 Unterwegs als parlamentarische Staatssekretärin**
- 6 Ein Schicksalsjahr für Europa**
- 9 Die Beltquerung**
- 14 Ausbau des Sozialstaates: Statement zur Großen Koalition**
- 17 Keine neuen Schulden: eine Frage der Generationengerechtigkeit!**
- 19 Das Klimapakete: 66 Milliarden Euro für den Klimaschutz**
- 22 Erfolge für den Wahlkreis**
- 24 100. Frauenwahlrecht, 8. Ladies-Day,
50 Power-Frauen in Berlin**
- 27 1. Mitgliederentscheid in der SPD zur Auswahl einer neuen Führung**
- 27 Meine Büro-Teams**



Auf der Regierungsbank neben Bundeskanzlerin Angela Merkel am 27.11.19 zur abschließenden Beratung des Bundeshaushalts 2020

WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

VORWORT

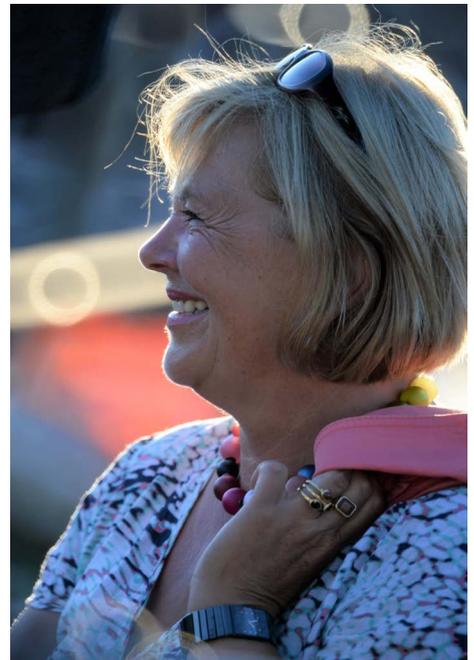
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

gemeinsam stehen wir am Anfang eines neuen Jahres und Jahrzehntes, haben über die Festtage die „Akkus“ mit Familie und Freunden (hoffentlich!) etwas „aufgeladen“, um den Alltag wieder gut bewältigen zu können. So geht es auch mir.

Das Jahr 2019 war für mich in 17 Jahren, die ich dem Deutschen Bundestag inzwischen angehöre, ohne Frage eines der arbeitsintensivsten und aufregendsten. Für mich persönlich war es gleichzeitig eine Zäsur: Im März 2019 kandidierte ich nach 16 Jahren nicht erneut für den SPD-Landesvorstand in Schleswig-Holstein, in dem ich 12 Jahre als stellvertretende Landesvorsitzende in teils turbulenten Jahren erhebliche Verantwortung getragen habe. Mit diesem Abschied aus der aktiven Parteipolitik wollte ich einerseits den Weg für Jüngere in unserer SPD freimachen und andererseits auch Zeit und Kraft gewinnen für meine enorm wichtige und fordernde Aufgabe als Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Bundesfinanzministerium von Olaf Scholz in Berlin. Die Vertretung von Olaf Scholz – ob im Haushaltsausschuss, auf der Regierungsbank, im Bundeskabinett, in Brüssel oder auch auf internationaler Ebene – erforderte 2019 enorm viel Zeit, Konzentration und Verantwortung und ist gleichzeitig natürlich eine Herausforderung, die mir nach den vielen Jahren Parlamentserfahrung noch einmal ganz neue Einblicke – national wie international – bietet. Und das Jahr 2020 – das Jahr, in dem Deutschland ab Sommer die EU-Ratspräsidentschaft für sechs Monate ausüben wird und für Europa zum Erfolg machen will und muss – wird mit Sicherheit eher noch anstrengender und spannender, als es das Jahr 2019 schon war.

Im Fokus stand 2019 der Klimawandel. Ich begrüße die Initiative und Aktivitäten der

Foto:
studio
kohlmeier
berlin



Bewegung „Fridays for Future“, die eine Sensibilität für dieses wichtige Thema schafft, ohne welche wir in der SPD das Klimapaket – mit Deutschlands erstem Klimaschutzgesetz überhaupt – nur schwer hätten durchsetzen können. Der Widerstand der Union war sehr lange sehr groß. Ich bin froh, dass die Themen Umwelt und Klima – für die ich mich jahrzehntelang einsetze – nun endlich ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Bereits 2007/2008 startete ich in Ostholstein und Stormarn in etlichen Kinos u.a. in Eutin, Scharbeutz, Neustadt und Bad Oldesloe bei freiem Eintritt eine Sonntags-Matinee mit dem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore. Dieser Film bringt wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel gepaart mit politischer Recherche und beeindruckenden Naturaufnahmen zusammen und rüttelt die Zuschauer auf – er ist damit bis heute topaktuell! Er hätte schon vor 12 Jahren deutlich mehr Zuschauer verdient gehabt, als dann tatsächlich kamen. Es lohnt sich noch heute, diesen Film im Internet anzuschauen: www.t1p.de/s6iv (kostenpflichtige Ausleihe o. Kauf). Beim drohenden Klimawandel hatten wir seit langer Zeit keinen Erkenntnismangel, sondern wegen fehlender politischer Mehrheiten ein Handlungsdefizit! 2020 wird dieses Thema weiter an Brisanz zunehmen. Für mich steht es ganz oben auf der Agenda!

Bettina Ugedos

UNTERWEGS ALS PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

In Deutschland, Europa und der Welt

Schon am **28. Februar 2019** musste ich kurzfristig für Olaf Scholz **nach London, um die Bundesregierung bei der Internationalen Geberkonferenz für Jordanien** (Vorläufer der Internationalen Syrien-Konferenz, die Kanzlerin Angela Merkel selbst wahrnahm) zu vertreten: Dort saß ich gemeinsam mit den Finanzministern von Großbritannien, den USA, von Saudi-Arabien, Kuwait, den Arabischen Emiraten und Japan am Verhandlungstisch. Mit dabei waren auch die damalige IWF-Chefin Christine Lagarde, Weltbank-Chefin Kristalina Georgieva, Werner Hoyer als Präsident der Europäischen Investitionsbank, die EU-Vizepräsidentin Federica Mogherini und aus Jordanien König Abdullah II. bin al-Hussein mit seinem Regierungschef Omar al-Razzaz und Ministerin Mary Kamel Kawar. Das war schon ein ganz besonderes Erlebnis.

Nur zwei Monate später besiegelte Olaf Scholz mit seiner Unterschrift, dass **Deutschland eines der Gründungsmitglieder der internationalen Klimakoalition „Coalition of Finance Ministers for Climate Action“** wurde.

Was ist die Idee hinter dieser Aktion der Finanzminister? Es ist wahr, dass **k o n s e q u e n t e r** Klimaschutz weltweit sehr viel Geld kosten wird. Aber Fakt ist auch, dass **f e h l e n d e s** Engagement beim Kampf gegen den Klimawandel noch viel teurer wird und unser aller Zukunft gefährdet. Und die **F i n a n z m i n i s t e r** haben in ihren

jeweiligen Regierungen (leider) in der Regel mehr Durchsetzungsvermögen als die Umweltminister. Der Klimawandel ist global und macht vor Staatsgrenzen keinen Halt – deshalb ist es unerlässlich, an einer ernsthaften, verbindlichen Strategie und Initiativen zum Schutz des Klimas international zusammenzuarbeiten. Wir wollen die Pariser Klimaziele durchsetzen – und deshalb ist es höchste Zeit, weltweit endlich konsequent nachhaltig politisch zu handeln. Dabei dürfen nicht länger die Bremser das Tempo bestimmen. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ steht eben nicht nur für Klima- und Umweltschutz, sondern umfasst auch die sozialen Folgen, den sparsamen Umgang mit wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und die Verantwortung für die nächste Generation. Deshalb ist es richtig und wirkungsvoll, dass die Finanzminister zum Klimaschutz diese Initiative ergriffen haben. Am **27. Mai 2019 trafen sich Finanzminister aus damals noch 26 verschiedenen Ländern zum 1. Treffen der neuen „Koalition“** auf



Begegnung mit Papst Franziskus am 26.05.19 im Rahmen des Treffens der „Coalition of Finance Ministers for Climate Action“

Einladung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Vatikan, an der ich als Vertreterin von Olaf Scholz teilnehmen durfte. Klima-Wissenschaftler von weltweitem Ruf waren ebenso vertreten wie die Chefinnen von IWF und Weltbank. In der Konferenz unterstrich Papst Franziskus persönlich die Notwendigkeit zum Handeln und begrüßte uns in seinen Räumen. Ziel der Konferenzen ist – neben dem Erfahrungsaustausch der unterschiedlichen Länder – die Umsetzung und Förderung gemeinsamer Standards, der so genannten **sechs „Helsinki-Prinzipien“**. Nach nur sechs Monaten hat sich die Anzahl der angeschlossenen Staaten an der internationalen Klimakoalition bereits auf 51 Länder fast verdoppelt – mit dabei sind auch 18 europäische Staaten. Während Olaf Scholz beim 2. Treffen im Oktober in Washington bei der Weltbank selbst dabei war, vertrat ich ihn erneut **am 09. Dezember in Madrid am Rande der UN-Klimakonferenz beim 3. Treffen der Finanzminister** und gab **am 10. Dezember zusammen mit Umweltministerin Svenja Schulze in Madrid eine Pressekonferenz zu diesem Thema**. Diese Internationale Zusammenarbeit und

Kontaktpflege ist unfassbar wichtig für einen erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel. Die Durchsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens können nur weltweit gelingen und Deutschland und Europa müssen dabei eine viel stärkere und konsequentere Rolle als bisher spielen: Diesem Thema wird auch 2020 mein ganzes Herzblut gehören.

Und so habe ich auch die **dreitägige Teilnahme für Olaf Scholz an den 5. Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen von Angela Merkel mit dem gesamten Kabinett vom 31. Oktober bis 02. November in Neu-Delhi** dazu genutzt, in meinen Gesprächen und Auftritten für den Beitritt Indiens zur Klima-Koalition und für das deutsche Schwerpunktthema in der Klimakoalition – „Sustainable Finance“ als ein konsequentes Ausrichten des internationalen Finanzmarktes an den verbindlichen Zielen von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit – zu werben. Die internationale Wahrnehmung für die Entscheidungen in Deutschland zum Klimaschutz ist groß. Vor allem die beschlossenen verbindlichen Ziele stoßen auf enormes Interesse in anderen Ländern, da bekannt ist, dass Deutschland als weltweit einziges Land nicht nur aus der

Kohle, sondern auch aus der Atomkraft aussteigt. Und daran wird sich in dieser Großen Koalition auch nichts ändern, obwohl überall die Lobbyisten für die Verharmlosung der Gefahren aus der Kernkraft wieder unterwegs sind und uns neun Jahre nach Fukushima wieder glauben machen wollen, dass eine Verlängerung der Laufzeiten unserer Atomkraftwerke angeblich verantwortbar und klimapolitisch geboten sei. Aber darin ist sich die SPD mit der Kanzlerin (und Physikerin) Angela Merkel einig: Eine weitere Kehrtwende bei der Atomkraft wird es mit dieser GroKo nicht geben.



Gemeinsame Pressekonferenz mit Umweltministerin Svenja Schulze auf der UN-Klimakonferenz am 10.12.19

Ausblick auf 2020:

EIN SCHICKSALSJAHR FÜR EUROPA



Gespräch am 15.11.19
in Brüssel mit
dem finnischen
Finanzstaatssekretär
Kimmo Tiilikainen und
dem ständigen Vertreter
der Bundesregierung bei
der EU Michael Clauß zu
den Verhandlungen über
den EU-Haushalt 2020

In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 – vom 01. Juli bis zum 31. Dezember – übernimmt Deutschland turnusmäßig in einem „Schicksalsjahr“ für Europa den Vorsitz im Rat der Europäischen Union – zuletzt hatten wir diese Ratspräsidentschaft 2007. Eines ist sicher: Mit Blick auf die aktuellen „Fliehkräfte“ in Europa, mit Blick auf die fehlende Akzeptanz für unsere europäischen Werte wie Presse- und Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz wie z.B. in Ungarn, Polen oder anderen osteuropäischen Ländern, mit Blick auf die faire und menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen sowie eine gemeinsame Asylpolitik und die Überarbeitung der Dublin-Regeln, eine gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen zum Schutz der Freizügigkeit und offener Grenzen innerhalb Europas steht 2020 viel auf dem Spiel.

Denn erst Ende 2019 konnte eine neue EU-Kommission – nach ziemlichen „Anlaufschwierigkeiten“ – mit einem noch stärker zersplitterten EU-Parlament, in

dem die Fraktion der Europa-Feinde und Nationalisten seit der Europa-Wahl am 26. Mai 2019 leider weiter gewachsen ist, wieder politisch handlungsfähig sein und muss nun 2020 mit den 27 Nationalstaaten (ab 1. Februar 2020 ohne Großbritannien!) sehr, sehr schwierige Entscheidungen treffen, die für Europa (und für Deutschland!), für das Klima, unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit und letztlich für unsere Demokratie von größter Tragweite sein werden. Warum? Weil – neben den soeben beschriebenen Herausforderungen - vor allem der siebenjährige EU-Finanzrahmen von 2021 bis 2027 zu verhandeln und zu beschließen sein wird.

Diese Verhandlungen gelten schon heute als die schwierigsten, die Europa je erlebt hat, weil viele Nationalstaaten vor allem ihre eigenen Interessen sehen, keine Kompromisse eingehen wollen und in erster Linie ein Ziel verfolgen: Geld aus den „Töpfen“ in Brüssel zu „kassieren“. Da gleichzeitig mit Großbritannien ein großer Nettozahler

die Eurozone verlässt, werden zusätzliche Aufgaben auch zusätzlich finanziert werden müssen. Selbst bei gleichbleibenden Ausgaben müssen alle anderen Nettozahler und natürlich vor allem Deutschland wegen des Brexits ab 2021 deutlich mehr Geld nach Brüssel überweisen: Da geht es dann sehr schnell um große Milliardenbeträge.

Bei dem EU-Finanzrahmen bis 2027 geht es aber nicht nur um sehr, sehr viel Geld aus den Haushalten der Nationalstaaten, sondern vor allem um die Inhalte und Schwerpunkte, für die das EU-Geld bis 2027 ausgegeben werden soll. Da geht es um mögliche (neue klimarelevante) Standards für die Landwirtschaft, um Energie- und Meerespolitik, um Bildungs-, Forschungs- und Innovationsinvestitionen, um eine gemeinsame Verantwortung für den Klimawandel und Strategien für CO₂-Minimierung, um eine gerechte Steuerpolitik in der EU und soziale Standards wie z.B. einen europaweiten Mindestlohn oder auch darum, ob Länder, die rechtsstaatliche Prinzipien verletzen oder z.B. gemeinsame Anstrengungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen boykottieren, EU-Subventionen künftig gekürzt bekommen können oder nicht. **Bei diesen Verhandlungen in Brüssel stehen also nicht nur die Interessen Deutschlands auf dem Spiel, sondern auch unsere ur-sozialdemokratischen Ziele und Schwerpunkte, wie sie auf unsere Initiative im Koalitionsvertrag der GroKo an erster Stelle von uns durchgesetzt und fest verankert wurden.**

Es geht um eine Richtungsentscheidung für die nächsten Jahre, die angesichts des politischen Gewichtes, das wir Europa geben wollen, sogar von globaler Bedeutung sein kann. Mit dem EU-Finanzrahmen wird für sieben Jahre festgelegt, in welchen Bereichen die EU investieren will und soll, er ist also Ausdruck der politischen Schwerpunktsetzung in Europa. Die Finanzen der Europäischen Union müssen grundsätzlich reformiert werden und die Widerstände dagegen sind riesig. Die aktuellen Herausforderungen wie z.B. eine gemeinsame Klima- oder auch Digitalisierungs- oder Verteidigungspolitik, grenzüberschreitende Sicherheit angesichts

der Gefahren des Terrorismus und – in Anbetracht des Handelsstreits zwischen China und USA – eine gemeinsame Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit zwingen uns aber, genau diesen Weg grundsätzlicher Reformen zu beschreiten.

Im Europäischen Rat vertritt je ein Vertreter pro Mitgliedstaat auf Ministerebene die Interessen des Landes – auf der europapolitischen Bühne ist das im Bereich der Steuern, Finanzen und für die Abstimmung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik Olaf Scholz. Als Finanzministerium wirken wir bei der Aufstellung und Kontrolle des Haushalts der Europäischen Union mit und konkret werden diese Verhandlungen häufig auch von Olaf Scholz an mich übertragen, weil ich eben für „Haushalt und Europa“ zuständig bin. So habe ich auch am 15. November 2019 – wie schon ein Jahr zuvor – in Brüssel für Deutschland fast bis Mitternacht den EU-Haushalt 2020 sowohl mit den 26 Partnerstaaten in Europa einerseits wie auch mit dem damaligen Finanzkommissar Oettinger und den EU-Abgeordneten für den Haushalt andererseits verhandelt und „festgezurr“.

Deutschland tritt in finanzpolitischen Fragen mit unserem Verhandlungsführer Scholz in allen strittigen Themen als „Brückenbauer“ auf: In Europa müssen alle Länder kompromissfähig sein, wenn es überhaupt vorangehen soll. Besonders eng stimmen wir uns traditionell mit Frankreich ab, was allerdings auch nicht immer einfach ist. **Viele Vorhaben wollen wir 2020 in Europa erreichen: den Einstieg in eine Finanztransaktionssteuer, eine Mindestbesteuerung z.B. für internationale Konzerne wie im Digitalbereich, eine „Bankenunion“ als Vorsorge für kommende Finanzkrisen, damit die Banken künftig stärker „zur Kasse“ gebeten werden können (und nicht nur die Steuerzahler!), den (europaweiten) Kampf gegen Steuerhinterziehung und vieles mehr. Aber es geht auch um ganz andere Bereiche: Für den Kampf gegen den Klima-Wandel hat EU-Präsidentin Ursula von der Leyen einen „Green Deal“ auf die Tagesordnung gesetzt. Zusätzliches Geld gegen den Klimawandel.**

Allerdings: Den größten Posten im europäischen Haushalt macht aktuell mit

ca. 40% aller EU-Mittel die Förderung der Landwirtschaft aus, was vermutlich ohnehin nicht so bleiben kann, wenn auch neue Herausforderungen finanziert werden sollen. Aktuell bekommt derjenige Landwirt die höchsten EU-Zuschüsse, der die größte Fläche hat – unabhängig von der Klimafreundlichkeit der Bewirtschaftung seiner Flächen. Die Wissenschaft hat längst nachgewiesen, dass durch Humus-Aufbau fast dreimal so viel CO2 aus der Atmosphäre gebunden werden kann wie beispielsweise durch Aufforstung. Insofern kann die Bodenbewirtschaftung in der Landwirtschaft eine (weltweite) Schlüsselrolle dabei spielen, CO2 zu minimieren.

Deshalb macht es keinen Sinn, künftig weiterhin fast 40 Prozent aller EU-Gelder zur Förderung der Landwirtschaft auszugeben, wenn damit möglicherweise gleichzeitig sogar Humus zerstört wird, und andererseits mit neuen Fördertöpfen das Klima retten zu wollen. **Das Entscheidende ist nicht, mit wie viel Milliarden die Landwirtschaft auch künftig gefördert wird, sondern wofür qualitativ die Mittel in diesem Bereich ausgegeben werden.** Europa könnte richtungsweisend eine Landwirtschaft unterstützen, die den schonenden Umgang mit dem Boden – den Humusaufbau als wirksamste Kohlenstoffsенke – fördert. Von diesem Ziel sind wir in Europa allerdings leider (noch) sehr weit entfernt und CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner ist bei diesem Thema bisher weder engagiert noch mutig.

Die Beharrungskräfte gerade in den Ländern Ost- und Südeuropas sind enorm. Aber: mit dem „Green Deal“ hat Kommissionspräsidentin von der Leyen ehrgeizige Ziele vorgegeben. Das eröffnet neue Chancen auf Reformen. Es ist wichtig, dass wir unsere deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 nicht in ihrer Wirkung verkennen. Als eine der größten Exportnationen der Welt profitieren wir Deutschen wie kein anderes Land von Europa. **Unser Wohlstand, unsere „brummende“ Konjunktur, unsere vielen (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsplätze – alles hängt von Europa und seinen offenen Grenzen ab.** Als Sozialdemokraten haben wir 2018 im

Koalitionsvertrag der GroKo mit Kapitel 1 „Europa“ ehrgeizige Inhalte für die Zukunft Europas durchgesetzt – 2020 kommt jetzt das Jahr der Umsetzung: Es liegt nun an uns, die nächsten sieben Jahre europäischer Politik maßgeblich mitzugestalten. Und das in einer Zeit, in der Europa so wichtig und so gefährdet ist wie seit Jahrzehnten nicht. **In Deutschland, in ganz Europa ist die extreme Rechte auf dem Vormarsch. Die internationale Lage – und zwar ökologisch, ökonomisch, finanzpolitisch, sozial- und sicherheitspolitisch - könnte nicht brisanter sein. Weil wir mit Olaf Scholz und Angela Merkel zwei europäische „Schwergewichte“ an der Spitze unseres Verhandlungsteams haben, deren „Stimme“ bei den anderen Mitgliedsstaaten auch Gehör findet, haben wir aus meiner festen Überzeugung 2020 eine einmalige Chance, die wir ergreifen müssen.**



Festrede zum 70. Jubiläum des Vereins „Junge Europäische Bewegung Deutschland“ am 24.06.19 in Berlin

Von Europa zu einem europäischen Projekt, das unsere Region bedroht:

DIE BELTQUERUNG

2019/2020 – die entscheidenden Phasen für Belttunnel, Hinterlandanbindung und Sundquerung sind gestartet!

Der Fehmarnbelttunnel

Ich bin und bleibe Gegnerin dieses überdimensionierten Mega-Projektes. Es ist aus meiner Sicht ein Milliardengrab, das die Ostsee gefährdet, unsere Lebensqualität in Ostholstein bedroht, nicht den verkehrspolitischen (und klimapolitischen) Zielen Europas dient, angesichts der prognostizierten Verkehrszahlen überflüssig ist wie ein „Kropf“ und zweistellige Milliardensummen ohne jeden volkswirtschaftlichen Sinn verschlingen soll. 11 Jahre hat Femern A/S gebraucht, um nach Unterzeichnung des FBQ-Staatsvertrages 2008 im Jahr 2019 einen **Planfeststellungsbeschluss für den Belttunnel** zu erreichen. 11 Jahre hat Femern A/S fehlerhafte Pläne vorgelegt sowie über die Köpfe der Betroffenen hinweg geplant und musste die Pläne für den Tunnelbau aufgrund grober Planungsfehler und zahlreicher Einwendungen – alleine 12.600 Eingaben waren es in 2016 – mehrfach abändern. Seit Frühjahr 2019 hat das Land Schleswig-Holstein jetzt „Grünes Licht“ für den Planfeststellungsbeschluss gegeben, der nun vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig von dem Naturschutzverband NABU, zwei Reedereien (Scandlines und Stena), einer



Mit Karin Neumann (beltretter) am 01.09.19 in Burg auf Fehmarn zur NDR-Livesendung „11 Jahre FBQ-Staatsvertrag“

Bürgerinitiative und mehreren Kommunen aus Ostholstein beklagt wird. Diese „Klageflut“ kann niemanden ernsthaft verwundern und ist einzig und allein der schlampigen Planung des dänischen Vorhabenträgers Femern A/S geschuldet! Das Gericht hat angekündigt, im Herbst 2020 mit der Verhandlung zu beginnen. Ob denn auch schon ein Urteil gefällt wird – was die Befürworter stets gerne unterstellen – ist aber angesichts der eher unterschiedlichen Klagen – bei den beiden Fährunternehmen geht es z.B. um Wettbewerbsverzerrung und EU-Recht – mehr als fraglich. Und ob überhaupt der dänische Belttunnel in der Wunsch-Variante von Femern A/S vor dem Bundesverwaltungsgericht bestehen kann, ist aktuell darum komplett offen. Wieder einmal wird klar: Der Drops ist noch lange nicht gelutscht.

Der Antrag auf übergesetzlichen Lärmschutz für die Region – für Bad Schwartau ein MUSS!

Im Süden Ostholsteins kämpft die Stadtvertretung Bad Schwartaus seit jeher einstimmig (!) für eine Tieferlegung der Bahnschienen in einen 7m-Trog, um Lärm- und Erschütterungsschutz angesichts der Güterzüge nach und von Skandinavien zu realisieren. Dieser Vorschlag wird von den CSU/FDP-Verkehrsministern in Bund und

„Ohne Lösungen am Sund und in Bad Schwartau kann kein Güterzug von Kopenhagen nach Hamburg fahren.“

Veranstaltung „S.O.S. FÜR BAD SCHWARTAU“ am 26.03.19 in der Mensa der Schwartauer Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule mit mindestens 150 Gästen



Land aus Kostengründen „stur“ abgelehnt. Für mich ist jedoch eines ganz klar: Der Antrag auf „übergesetzlichen Lärmschutz“ aus Ostholstein ist im Bundestag nur als Gesamtpaket – also inklusive Bad Schwartau – beratungsreif. Und die Menschen in der größten Stadt des Kreises Ostholstein, die massiv von diesem Güterverkehr betroffen sein werden, verdienen unsere ganze Unterstützung. Schlimm genug, dass sogar der Landrat des Kreises Ostholstein Reinhard Sager für die Schwartauer 2019 jede Solidarität vermissen ließ.

Während die Verkehrsminister in Berlin und Kiel weiterhin stur auf Blockade setzen, können sich die Menschen in Bad Schwartau auf die SPD verlassen. So habe ich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen aus Kiel Mathias Stein, im Verkehrsausschuss zuständiger SPD-Berichterstatter für Bürgerbeteiligung, und meiner Landtagskollegin Sandra Redmann am 26. März 2019 zu der Veranstaltung „S.O.S FÜR BAD SCHWARTAU – In Solidarität für übergesetzlichen Lärmschutz“ in die Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule



in Bad Schwartau eingeladen. Mit mehr als 150 Gästen platzte die Mensa „aus allen Nähten“. Auf dem Podium Rede und Antwort standen außerdem der Bürgermeister der Stadt Bad Schwartau, Dr. Uwe Brinkmann, und Malte Siegert, Leiter „Umweltpolitik“ beim NABU e.V. und Fehmarnbeltexperte.

In 7-jähriger Arbeit hat das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung einen Forderungskatalog für Maßnahmen des übergesetzlichen Lärmschutzes an der FBQ-Schienenanbindung erarbeitet und am 12. September 2019 den wichtigsten Haushalts-

und Verkehrspolitikern der Großen Koalition in Berlin geeint in einem Antrag vorgestellt – ob diese Forderungen realisiert werden, entscheidet nämlich einzig und allein der Deutsche Bundestag.

Ich bin deshalb besonders froh, dass meine SPD-Bundestagskollegin Kirsten Lühmann – als verkehrspolitische Sprecherin der SPD federführend für dieses Thema verantwortlich – seit September 2019 das Heft des Handelns in die Hand genommen und sich in Fachgesprächen in Berlin sowohl mit der Stadt Bad Schwartau wie auch mit der Deutschen Bahn zusammengesetzt hat, um nach einer Lösung zu suchen. Die Stadtvertretung Bad Schwartaus hat einstimmig (!) sehr viel Geld bewilligt, um durch Fachgutachten eine fundierte und sinnvolle Grundlage für ihre Forderungen zum übergesetzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz zu entwickeln. Das wird in unserer SPD in Berlin anerkannt! Klar ist, der Bundestag steht in der Verantwortung für die Menschen, die durch die Auswirkungen des Belttunnels mit den Erschütterungen, die die 835m langen Güterzüge auslösen werden, konsequent zu schützen.

Besonders froh bin ich, dass auf meine Einladung hin **am 02. Dezember 2019 unser SPD-Chefhaushälter Johannes Kahrs nach Bad Schwartau kam**, um sich selber ein Bild von der Lage zu machen und im örtlichen Bauausschuss Stellung zu nehmen. Johannes

Kahrs hat sich klar dazu bekannt, dass aus seiner Sicht die Troglösung für Bad Schwartau vernünftig ist. Und ich stimme ihm zu, wenn er sagt, dass „übergesetzlicher Lärmschutz Vertrauen für solche Großprojekte wie den Belttunnel schafft und wir den Menschen entgegenkommen müssen“. Wie kann es nur sein, dass CDU/CSU und FDP in den Personen von Verkehrsminister Andreas Scheuer, Staatssekretär Enak Ferlemann und Verkehrsminister Bernd Buchholz die berechtigten Sorgen und Interessen der Menschen in Bad Schwartau dermaßen missachten?

Mit Kirsten Lühmann und Johannes Kahrs sind die wichtigsten SPD-Verkehrs- und Haushaltspolitiker in Berlin „im Boot“ und kämpfen für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein. Größere finanzielle Unterstützung für den Lärmschutz muss allerdings die Kieler Landesregierung liefern. Anstatt immer nur Presseterminale mit der dänischen Regierung zu inszenieren oder regelmäßig gegen die Stadt Bad Schwartau „quer“ zu schießen, wären volle Solidarität mit der Region und die Übernahme eines angemessenen finanziellen Beitrages auch aus der Landeskasse für den übergesetzlichen Lärmschutz unterstützende Signale, die in Berlin wahrgenommen werden würden!

Der Kampf um die Lebensqualität der betroffenen Anwohner entlang der Bahntrasse bleibt spannend. Bad Schwartau

Das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung stellt am 12.09.19 in Berlin den Forderungskatalog zum übergesetzlichen Lärmschutz an der FBQ-Hinterlandanbindung den wichtigsten Haushalts- und Verkehrspolitikern der Großen Koalition vor.





Mit SPD-Chefhaushälter Johannes Kahrs am 02.12.19 zu Besuch am Bahnübergang „Kaltenhöfer Straße“ in Bad Schwartau

und der Fehmarn-Sund sind die beiden „Nadelöhre“ der Hinterlandanbindung – solange es an diesen beiden sensiblen Punkten keine vernünftigen Lösungen für die Menschen der Region gibt, ist es vollkommen sinnlos, dass die Bahn mit der Planfeststellung auf der restlichen Trasse voranschreiten will und Druck macht – ohne Lösungen am Sund und in Bad Schwartau kann kein Güterzug von Kopenhagen nach Hamburg fahren.

Die Fehmarnsundquerung

Im November 2019 wurde auch die entscheidende Phase für die Planungen für den Norden Ostholsteins und die Sundquerung eingeleitet: **Die Entscheidung steht unmittelbar bevor, ob unser „Kleiderbügel“ langfristig erhalten bleiben kann und ob der Sund ab in ca. zehn Jahren als Autobahn und zweigleisige Schienentrasse mittels Tunnel oder Brücke gequert werden soll.**

Seit 2012 wissen Deutsche Bahn und Bundesverkehrsministerium, dass die schweren 835m langen Güterzüge, die nach der Eröffnung des Belttunnels irgendwann von Dänemark nach Hamburg und Zentraleuropa „brausen“ sollen, nicht über die bestehende Sundbrücke geführt werden können. Sieben Jahre später hat nun die Deutsche Bahn endlich ihre vier Varianten zur neuen Sundquerung vorgestellt, wobei jede Variante einmal mit und einmal ohne Erhalt des „Kleiderbügels“ geplant ist.

Unabhängig davon, ob die Entscheidung auf die kombinierte Brücke, den Absenktunnel, die getrennten Brücken oder den Bohrtunnel

fällt – jeweils mit oder ohne Erhalt des „Kleiderbügels“: Jede der Varianten wird massive, unumkehrbare Auswirkungen auf die Region und die Menschen vor Ort haben. Die Unterschiede sind immens: Bis zu 180m hohe Pylonen sollen beim Bau einer Schrägseilbrücke in den Himmel ragen und werden dann im ganzen Norden Ostholsteins sichtbar sein. Diese Brückenpfeiler wären dann 2 ½ mal so hoch wie unser 75m hoher „Kleiderbügel“ heute. Es wäre die höchste Schrägseilbrücke Deutschlands, gegen die sogar die Hamburger Köhlbrandbrücke mit 135m wie ein „Zwerg“ wirken würde. Die Breite der Brücke würde sich von aktuell 21m auf bis zu 71m weit mehr als verdreifachen – das entspricht der Breite eines Fußballfeldes. Auch die Länge dieser Brücke würde sich mehr als verdoppeln – der aktuell 960m langen Sundbrücke stehen 2,12km beim Neubau einer kombinierten Brücke gegenüber. **Vor diesem Hintergrund finde ich es erstaunlich und auch befremdlich, dass mein CDU-Bundestagskollege Ingo Gädechens sich bereits am 06. November 2019 – also volle 3 Wochen, bevor die Varianten der Öffentlichkeit überhaupt vorgestellt worden sind und sich die Betroffenen ein erstes „Lagebild“ machen konnten – für genau diese „Riesen-Schrägseilbrücke“ inklusive des Abrisses des „Kleiderbügels“ in den Medien öffentlich ausgesprochen hat. Ich halte genau diese Variante für völlig indiskutabel für die Region.**

Denn der Abriss des „Kleiderbügels“ hätte absurde Folgen: DANN würde nämlich der „Langsamverkehr“ – entweder mit einer Extrapspur über die neue Brücke oder mit einem „Extratunnel“ (!) unter dem Sund durchgeführt werden – diese Baukosten sollten dann übrigens gemäß CSU-Verkehrsminister Scheuer ebenfalls von Kommunen und Kreis finanziert werden. Man stelle sich vor, wie Fußgänger (!) und Radfahrer 2km durch einen Tunnel (!) vom Festland zur Insel gelangen ...Schilda lässt grüßen! Und wie genau soll dann eigentlich die Anbindung für diesen örtlichen „Langsamverkehr“ auf jeweils Festland und Insel verlaufen und WIE soll er WO die Autobahn- und Güterschwerverkehrstrasse queren? Der größte Witz: Bei Abriss des „Kleiderbügels“ müssten die beiden

Erdrampen, die heute auf der Insel und auf dem Festland auf die Brücke führen, trotzdem erhalten (!) bleiben.

Froh bin ich deshalb, dass das Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn eine Absenk-Tunnellösung für den Sund, die sie lange Zeit aus Kostengründen ausgeschlossen hatten und ursprünglich nicht einmal näher untersuchen wollten, nun doch ernsthaft für realisierbar und finanzierbar halten. Der Bau eines Absenktunnels von 1,7km Länge hat mit knapp 4,5 Jahren sogar die kürzeste Bauzeit aller möglichen Varianten und die Kosten unterscheiden sich nach Auskunft der Deutschen Bahn kaum gegenüber denen eines Brückenneubaus. Klar ist, ein Absenktunnel „schluckt“ den gesamten



Mit blauen Kreuzen und dem SPD-Ortsverein in Burg/Fehmarn am 01.09.19 zur NDR-Livesendung auf dem Bürger Marktplatz

Lärm, der unweigerlich von den langen Güterzügen ausgehen würde, ohne Probleme. **Die Vertreter der Region haben sich im „Runden Tisch Fehmarnsundquerung“ am 18. Dezember 2019 einstimmig für diese Variante ausgesprochen – diese Entscheidung unterstütze ich voll! Gleichzeitig unterstütze ich den Erhalt des „Kleiderbügel“ für den „Langsamverkehr“ (Fußgänger, Fahrrad- und Moped-Fahrer, Trecker etc.), wenn das Land den dauerhaften Unterhalt der Brücke übernimmt und Kreis und Kommunen von diesen Kosten (zu Recht!) frei hält.** Welch eine Attraktivitätssteigerung für Ostholsteiner und Touristen wäre das, wenn Fußgänger und Radfahrer dann in Ruhe den wunderschönen Blick auf den Sund, die Wellen, die Segler und Kite-Surfer von dort an frischer Luft genießen könnten!

Auf Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums soll der Erhalt der Brücke jedoch allein (!) von Kommunen und Kreis finanziert werden! Das ist aus meiner Sicht natürlich absurd, weil es ja Bund und Land sind, die diese feste Beltquerung und den Staatsvertrag unbedingt wollen und damit nach dem „Verursacherprinzip“ verantwortlich für jeden Neubau über den Sund sind. Aber auch die Deutsche Bahn ist verantwortlich: Sie hat die Instandhaltung der Sundbrücke seit Jahren - trotz eindeutiger Vertragslage und Zuständigkeit - massiv vernachlässigt. **Obwohl der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages bereits 2016 die DB einstimmig verpflichtet hatte, die Sundbrücke bis (mindestens) 2035 für den jetzigen Verkehr uneingeschränkt betriebsbereit zu unterhalten, und der ehemalige Bahnchef Rüdiger Grube uns Abgeordneten im Ausschuss damals zu Protokoll gab, von 2017 bis 2020 mindestens 10,9 Mio. Euro in die Instandsetzung der Brücke zu investieren, ist in diesen drei Jahren so gut wie nichts passiert. Seitdem hat die Bahn lediglich 960.000 Euro (!) für Instandhaltungsmaßnahmen ausgegeben** und damit erneut ein Versprechen gebrochen. Dabei kann der 56 Jahre „junge“ „Kleiderbügel“ jetzt sogar – nach Kalkulationen der Bahn selbst - noch bis zu 130 Jahre genutzt werden! Welch eine Erkenntnis, nachdem das Bundesverkehrsministerium und die Bahn bis zum Jahr 2016 noch fest zum Abriss entschlossen waren, den Erhalt nicht einmal prüfen wollten und allein durch einen kritischen Bericht des Bundesrechnungshofes und des Rechnungsprüfungsausschusses – dessen Vorsitzende ich von 2013 bis 2017 war – überhaupt gezwungen wurden, den Erhalt der Sundbrücke ernsthaft zu untersuchen und die Ausschreibung entsprechend zu verändern.

Das jahrelange Engagement der Verantwortlichen im Dialogforum und in der Region muss endlich ernst genommen und aktiv in die Entscheidungsfindung für eine neue Sundquerung eingebunden werden! Ja, das wird Zeit kosten. Aber wer von 2012 bis 2019 „rumgetrödelt“ hat, um diese Entscheidung – ohne jede Transparenz – „im Hinterzimmer“ vorzubereiten, der muss sich jetzt die erforderliche Zeit für Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeit in der Region nehmen!

Seit 2018 Extra-Milliarden für

**SOZIALPOLITIK • ARBEITSMARKT
KRIPPEN • KITAS • SCHULEN
GESUNDHEIT • PFLEGE
SOZIALER WOHNUNGSBAU
DIGITALISIERUNG • VERKEHRSPOLITIK**

Statement zur Großen Koalition

Auf der Regierungsbank zur
Feierstunde „100 Jahre
Frauenwahlrecht“ am 16.01.19
Foto: studio kohlmeier berlin



Seit Mitte März 2018 regiert die Große Koalition in Berlin. Seitdem haben wir den größten Teil des Koalitionsvertrages mit sehr vielen konkreten Maßnahmen und Gesetzen umgesetzt, die ganz konkret das Leben der Menschen verbessern. Im August 2019 habe ich auf 63 Seiten in meinem Rechenschaftsbericht sehr detailliert beschrieben, welche Gesetze wir beschlossen haben und wie sie sich positiv auf die Menschen auswirken werden. Ich empfehle jedem diese Veröffentlichung „Mein Rückblick auf die Wahlperiode ab Herbst 2017“ zur Lektüre, die auf meiner Homepage unter https://www.bettina-hagedorn.de/dl/Gesamtbericht_Endergebnis.pdf aufgerufen werden kann. Auf Wunsch schickt mein Büro den Bericht auch in Papierform zu.

So haben wir **seit dem 01.01.2019 die paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung** wiederhergestellt. Mit dieser „Wiedereinführung der Parität“ werden Arbeitnehmer sowie Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen jetzt um rund 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet – Arbeitgeber hingegen werden diese 5 Mrd. Euro jährlich zusätzlich an die

Krankenkassen zahlen müssen. Wir kümmern uns um starke Arbeitnehmerrechte, bessere Arbeitsbedingungen und neue Chancen für Beschäftigte und Langzeitarbeitslose: mit dem **Paketboten-Schutz-Gesetz**, mit dem 4 Mrd. Euro starken **Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen**, der **Einführung der Brückenteilzeit** – von der vor allem Frauen profitieren –, mit einer Modernisierung und **Stärkung der beruflichen Bildung**, wodurch **erstmalig eine Mindestausbildungsvergütung für nicht-tarifgebundene Betriebe eingeführt** wird und einer **Anhebung des BAföG um sieben Prozent**. Wir unterstützen Familien mit der **Erhöhung des Kindergeldes** (nochmals 10 Mrd. Euro jährliche Entlastung für Familien!) und dem **Starke-Familien-Gesetz**, das den **Kindergeldzuschlag erhöht** und neugestaltet, so dass erstmals 100.000 Kinder von alleinerziehenden Familien profitieren! „On Top“ gibt es



Mit SPD-Familienministerin Franziska Giffey beim Integrationsgipfel am 01.10.19 im Bundeskanzleramt

für Kindergeldzuschlagsberechtigte die **Befreiung von Kita-Gebühren, kostenfreies Essen in Kita und Schule, das Schul-Starter-Paket (Erhöhung von 100 auf 150 Euro)** und verbesserte Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Das entlastet unzählige Eltern und vor allem Alleinerziehende, denen „unter dem Strich“ deutlich mehr im Portemonnaie verbleibt. Fakt ist: **Insgesamt erhalten rund zwei Millionen Kinder in Deutschland künftig einen Anspruch auf den Kinderzuschlag – 1,2 Millionen davon erstmalig!** Außerdem investieren wir mit dem **„Digitalpakt Schule“ 5 Mrd. Euro in unsere Schulen** – das bedeutet 9 Mio. Euro für Ostholstein und 600.000 Euro für Nordstormarn –, in eine **bessere Betreuung mit 5,5 Mrd. Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz**, was eine Bundesförderung von 191 Mio. Euro für Schleswig-Holstein bedeutet, und mehr bezahlbaren Wohnraum durch **Investitionen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro für sozialen Wohnungsbau für die Jahre 2018 bis 2021**. Wir verbessern Schritt für Schritt die Situation in der Pflege und die gesundheitliche Versorgung mit dem **„Angehörigen-Entlastungsgesetz“**,

„Wir haben unseren Sozialstaat 2019 weiter ausgebaut – dafür hat sich die SPD erfolgreich eingesetzt und ihre Versprechen an die Wählerinnen und Wähler gehalten.“

wonach Eltern und Kinder künftig erst bei einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro vom Sozialhilfeträger zur Kostenerstattung der Pflege in Anspruch genommen werden, und dem **„Pflegelöhneverbesserungsgesetz“** das sowohl die Grundlage für bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche bildet als auch die

Handlungsfähigkeit der Pflegekommission stärkt.

Wir haben gesetzlich die „Rentenformel“ verändert und damit das **Rentenniveau zu Gunsten der Älteren und die Rentenbeitragshöhe zu Gunsten der Jüngeren bis 2025 verlässlich gesichert**. Und wir haben endlich – nach fast 10 Jahren politischem Dauerstreit – eine **Grundrente nach 35 Jahren Beitragszeit (inklusive Kindererziehungs- und Pflegezeiten) OHNE Bedürftigkeitsprüfung** gegen die Union durchgesetzt, die ihren Namen auch verdient! Für uns gilt der Grundsatz: Damit wollen wir Lebensleistung anerkennen! Denn viele Menschen – vor allem Frauen – haben zwar ihr Leben lang hart gearbeitet und waren fleißig,

aber wenn sie dann in Rente gehen, haben viele trotzdem weniger oder kaum mehr im Portemonnaie als die Grundsicherung, weil die Löhne so niedrig und nur Teilzeitjobs zu bekommen waren. Viele konnten nicht in ihre erlernten Berufe zurück, weil Angehörige zu pflegen und Kinder zu erziehen

waren in einer Zeit, als Krippen, Kitas und Ganztagsbetreuung in Schulen Fremdworte waren. Das ist zutiefst ungerecht. Seit 2011 hat die SPD dafür gekämpft, dass sich diese Lebensleistung auch in der Rente niederschlägt – **nun kommt die Grundrente**

endlich ab 2021! Ganz wichtig: Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung – wie von CDU und CSU eigentlich gefordert – ermittelt. Niemand muss zum Sozialamt, Anträge stellen und die Vermögenssituation offenlegen. Das war uns als Sozialdemokraten besonders wichtig, weil es etwas mit Würde und Respekt zu tun hat. Es wird lediglich unbürokratisch das Einkommen geprüft – durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Die Verbesserungen werden auch den Rentnerinnen und Rentnern zugutekommen, die bereits eine Rente beziehen. **Wer die nötigen Zeiten erworben und einen Anspruch auf Grundrente hat, bekommt sie als Bestandteil der Rente von der Deutschen Rentenversicherung automatisch ausgezahlt. Unterm Strich bedeutet das mehr Geld für rund 1,2 bis 1,5 Mio. Rentner – darunter 80 Prozent Frauen!**

Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – also für alle, die 35 Jahre oder mehr gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehung und Pflege zählen mit. Es soll außerdem einen Übergangsbereich für diejenigen Rentnerinnen und Rentner geben, die knapp unter 35 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt haben.

Und beschlossen ist: Ab dem 01.10.2021 entlasten wir zusätzlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um insgesamt 10 Mrd. Euro pro Jahr, indem wir **den Soli für 90 Prozent aller Steuerzahler abschaffen**. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen werden den Soli allerdings weiter zahlen – in voller Höhe aber nur 3,5 Prozent dieser „Superreichen“. Und das ist gerecht, weil breite Schultern mehr tragen können als schmale. **Fakt ist: Wir sorgen für ein deutliches „Plus“ im Portemonnaie der Menschen mit geringem und durchschnittlichem Einkommen – insbesondere bei Familien mit Kindern!** Dadurch wird die Kaufkraft in Deutschland spürbar steigen und weiter unsere Wirtschaft stabilisieren. **Ja, wir haben unseren Sozialstaat 2019 weiter ausgebaut – dafür hat sich die SPD erfolgreich eingesetzt und ihre Versprechen**

an die Wählerinnen und Wähler gehalten. Eine gute Konjunktur und 34 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – die höchste Beschäftigungszahl jemals in der Republik – haben zu sprudelnden Einnahmen bei Sozialkassen und Steuern geführt und geholfen, dass all das ohne neue Schulden finanziert werden kann. Die Gewerkschaften haben gute Tarifabschlüsse erzielt, die Renten sind gestiegen und selbst diejenigen, die zum Mindestlohn von aktuell 9,35 Euro arbeiten, haben deutlich mehr Geld im Portemonnaie als noch vor wenigen Jahren. Vergessen wir nicht: 2013 – bevor die SPD den Mindestlohn durchsetzte – arbeiteten über 22.000 Menschen in Ostholstein für unter 6,50 Euro (!), davon mehr als 8.500 sogar in Vollzeit. Angehende Pflegekräfte müssen kein Schulgeld mehr bezahlen, sondern erhalten künftig eine Ausbildungsvergütung während der Schulzeit und werden – speziell in der Altenpflege – danach endlich besser bezahlt. Es gibt immer „Luft nach oben“, aber wir können als SPD stolz darauf sein, was wir an sozialen Standards erreicht haben. Seien wir deshalb froh, dass es uns in Deutschland so gut geht und allem Anschein nach auch 2020 gehen kann. Diejenigen, die eine angeblich bereits drohende Rezession herbeireden wollen, können offensichtlich die wirtschaftlichen Rahmendaten nicht richtig lesen: Unsere Wirtschaft wächst weiter – wenngleich auch weniger stark als einmal prognostiziert.



Zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann am 18.01.2019 bei einem Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht in Berlin.

KEINE NEUEN SCHULDEN - EINE FRAGE DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT!

Deshalb ist das Gerede von dem angeblichen Erfordernis, noch weitere Investitionen durch die Aufnahme von Schulden zu planen, auch absoluter Quatsch. Seit 2013 hat die GroKo die Investitionen konsequent Jahr für Jahr gesteigert – insbesondere unter SPD-Finanzminister Olaf Scholz. **Im Vergleich zur letzten GroKo (2014 bis 2017) haben wir die Investitionen 2018 bis 2021 um 27 Prozent (!) auf rund 160 Mrd. Euro gesteigert.** 2018 wuchsen die Investitionen schon um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, um weitere 9,2 Prozent bis zum Herbst 2019 und **2020 wird der Rekord von fast 43 Mrd. Euro für Investitionen erreicht – ein weiteres Plus von 10,3 Prozent!** Und dabei werden in diesen Zahlen die Milliarden, die der Bund den Ländern und Kommunen für Kita- und Schulinvestitionen, für Breitbandausbau und Digitalisierung, sozialen Wohnungsbau und den Ausbau des Nahverkehrs (ÖPNV) zusätzlich zur Verfügung stellt, gar nicht mitgezählt, weil diese Gelder die Investitionsquoten von Ländern und Kommunen verbessern und nicht die des Bundes. **Das Problem ist nur: Bund, Länder und Kommunen können diese vielen Milliarden seit Jahren überhaupt gar nicht zeitnah ausgeben, aktuell gibt es ca.**

20 Mrd. Euro „Ausgabereste“ allein beim Bund. 20 Mrd. Euro, die im Bundeshaushalt schon bereitstehen, bewilligt wurden, aber noch nicht ausgegeben bzw. verbaut werden konnten - auch wegen Engpässen in den Ländern und Kommunen. Und warum ist das so? Es gibt nur einen einzigen wirklichen Grund: Fachkräftemangel in allen Bereichen! Planer und Bauingenieure fehlen in allen Ämtern und Behörden vom Bund bis zur Kommune, bei der Bahn und der Schifffahrtsverwaltung, bei Straßenbauverwaltungen und der GM-SH, bei Genehmigungsbehörden und Bauämtern und sogar in der freien Wirtschaft. In der Bauwirtschaft und bei den Handwerkern aller Gewerke sind die Auftragsbücher voll bis zum Anschlag und die Betriebe können der Nachfrage kaum noch gerecht werden. Ergebnis: Der „Markt“ überhitzt und die Preise steigen. Viele Unternehmen könnten weitere Fachkräfte beschäftigen ... wenn es sie denn gäbe.

Und diesen Fachkräftemangel gibt es nicht nur beim technischen Nachwuchs und im Handwerk. Die Kommunen finden kaum noch Erzieher für die Krippen und Kitas, wir



08.10.19: Mit SPD-Finanzminister Olaf Scholz im Gesprächstermin im Bundesfinanzministerium

bräuchten viel mehr Lehrerinnen und Lehrer, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen müssen Betten wegen Mangel in allen medizinischen und pflegerischen Berufen leer bleiben, nicht nur in Lübeck fehlten schon einmal Busfahrer für den ÖPNV. Die Wahrheit ist, wir haben in Deutschland schlicht zu wenig (qualifizierte) Menschen im arbeitsfähigen Alter. Dieses drohende Szenario wurde zwar von vielen in Politik und Wissenschaft seit mindestens einem Jahrzehnt prognostiziert, aber auch von vielen in Politik und Wirtschaft immer wieder verharmlost. Aber allmählich zeigt sich in der Realität, was dieses Phänomen bedeutet.

In einer solchen Situation also noch mehr Geld für noch viel mehr Investitionen zu fordern ist geradezu absurd. Und dafür Schulden machen zu wollen, ist aus meiner Sicht verantwortungslos gegenüber der nächsten Generation. **Ja, es geht um Verbindlichkeit und Planungssicherheit, dass diese höchsten Investitionen in der Geschichte der Bundesrepublik – knapp 43 Mrd. Euro 2020 – nunauch kein „Strohfeuer“ sind, sondern über die nächsten 10 Jahre so fortgesetzt werden. Und das tun wir: Der Jahresüberschuss aus 2019 von aktuell ca. 19 Mrd. Euro (Ergebnis vom 13. Januar 2020) soll nach dem Vorschlag von Olaf Scholz und dem Finanzministerium in genau die Verstetigung der Investitionen auf diesem Niveau zunächst bis 2025 (Ende des Finanzplanraumes ab 2021) investiert werden.** Aber dann müssen wir auch gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieses Geld auch tatsächlich bei den Menschen in den Kommunen ankommt. Warum betone ich das?

Ein Beispiel: 2016 und 2017 hat die damalige GroKo zwei kommunale Investitionsprogramme mit den Ländern und Kommunen verabredet und beschlossen, mit denen vor allem in den Um- und Ausbau von Schulen, Kitas, Krippen und Bürgerhäusern zweimal 3,5 Mrd. Euro investiert werden sollten. Von diesen 7 Mrd. Euro waren im November 2019 nach 3 Jahren erst gut 2 Mrd. Euro tatsächlich abgeflossen, es waren sogar über 1,2 Mrd.

Euro noch nicht einmal bewilligt! Und dafür tragen nun allein Länder und Kommunen die Verantwortung. Es ist darum ein Hohn, wenn alle nach mehr Investitionen rufen und gleichzeitig das bereitstehende Geld nicht einmal ausgegeben werden kann. Und darum: Wir investieren so viel wie irgend möglich – und das ist mehr als je zuvor. Das können wir uns wegen der enorm niedrigen Zinsen, von denen Bund, Länder und Kommunen wegen ihrer historisch niedrigen Zinsbelastung profitieren, auch „leisten“. **Allein der Bund hat in den letzten Jahren im Schnitt 20 Mrd. Euro pro Jahr (!) weniger an Zinsen gezahlt als vor 10 bis 20 Jahren und damit Spielräume für zusätzliche Investitionen erhalten und genutzt – Ländern und Kommunen geht es nicht anders.** Aber wer glaubt eigentlich, dass die Zinsen in 10 bis 20 Jahren noch genauso niedrig sein werden wie heute? **Wenn wir heute wieder neue Schulden machen, dann wird die nächste Generation bei gestiegenen Zinsen in der Schuldenfalle sitzen und keine politischen Entscheidungsspielräume für ihre eigene Zukunft haben. Das ist aus meiner Sicht komplett unverantwortlich und im Übrigen auch gar nicht erforderlich.** Und darum darf uns das aktuell niedrige Zinsniveau nicht dazu verleiten zu glauben, dass wir den Schuldenberg ruhig wieder steigern dürften.

Warum? Es geht um reine Fakten, die leider viele nicht wahrhaben wollen. Als ich **2002** meine Arbeit im Haushaltsausschuss des Bundestages unter Rot-Grün begann, hatten wir als Bund gut **808 Mrd. Euro Schulden und mussten 37,1 Mrd. Euro pro Jahr (!) allein an Zinsen zahlen – das waren damals 15 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes.** Wir hatten kaum politische Entscheidungsspielräume und mussten trotzdem weitere Schulden aufnehmen. **Bis 2013 (unter Schwarz-Gelb) eskalierte dieser Schuldenberg kontinuierlich weiter auf 1,390 Billionen (!) Euro.** Dann regierte die GroKo – wegen der niedrigeren Zinsen zahlten wir **2013 „nur“ gut 31 Mrd. Euro Zinsen pro Jahr und damit „nur“ noch 10 Prozent unseres Gesamtetats – trotz viel höherer Schulden. 2019 haben wir – historisch niedrig – ca. 11,9 Mrd. für Zinsen und damit nur 3,33 Prozent unseres Bundesetats für Schulden ausgeben müssen, obwohl unser Schuldenberg mit gut 1,3**

Billionen Euro noch um ca. 60 Prozent größer ist als er 2002 war – immerhin hat Deutschland seit 2013 (glücklicherweise) ca. 77 Mrd. Euro Schulden abbezahlt.

Fazit: 2019 gab der Bund 28,3 Mrd. Euro weniger für seine Zinsen aus als 2008 und investiert schon seit vielen Jahren genau diese Milliarden zusätzlich (!) in z.B. Schienen, Straßen- und Wasserwege, in öffentliche Gebäude, Wohnungen, Krippen, Kitas und Schulen. Genau deswegen sind nämlich unsere Investitionen so historisch hoch, obwohl wir gleichzeitig zehntausende neuer Polizisten und Zöllner ausbilden und beschäftigen und den Sozialstaat ausgebaut haben.

Ich bin seit 17 Jahren Mitglied der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion – aus meiner Sicht sind neue Schulden nicht etwa ein Ausdruck von „links“ oder Fortschrittlichkeit.

Nach meiner festen Überzeugung wären neue Schulden ein Armutszeugnis, der Ausdruck von Ideenlosigkeit und Politik der Verantwortlichen auf dem Rücken unserer Kinder und Enkel.

24.05.2019: Schirmherrin für die alte Apfelsorte „Freiwilligenapfel“ auf der BUND-Streuobstwiese in Bad Malente - der Kauf jeden Baumes unterstützt das FÖJ finanziell. Foto: Beate Hanhart-Jensen



EIN „KLIMAPAKET“ VON 66 MILLIARDEN EURO ZUSÄTZLICH BIS 2023 – TROTZDEM KEINE NEUEN SCHULDEN!

Auch der zusätzliche Investitionsschwerpunkt im Bundeshaushalt – der Kampf gegen den Klimawandel – wird im Bundeshaushalt und Finanzplan mit 66 Mrd. Euro zusätzlich (!) bis 2023 finanziert, OHNE neue Schulden einzuplanen. **Wer dieses Klimaschutzprogramm verächtlich als „Paketchen“ tituliert, hat offenbar jeden Bezug zu der Größenordnung von 66 Mrd. Euro verloren und verkennt völlig, wie ehrgeizig in Wahrheit das Ziel ist, diese gewaltige Summe in die entschlossene Kehrtwende unserer Gesellschaft und Wirtschaft hin zum Klimaschutz und perspektivisch zur Klimaneutralität binnen drei Jahren zu investieren.** Denn zusätzlich (!) organisieren wir ja in weiteren Maßnahmen nach dem Atomausstieg jetzt auch noch den kompletten Ausstieg aus der Kohle bis 2038. Wir haben seit 2019 das erste Klimaschutzgesetz der Republik, das die SPD

schon im Koalitionsvertrag festgeschrieben hatte und in dem zum ersten Mal verbindlich festgeschrieben ist, wie viel Treibhausgas in den nächsten Jahren (kontrollierbar!) eingespart werden muss. Natürlich war der Entwurf des Klimapakets nicht nur SPD pur! Aber Fakt ist auch: **OHNE die SPD würde weder dieses noch irgendein anderes Klimaschutzpaket in Deutschland überhaupt existieren. Was konkret im Klimapakete enthalten ist:**

Ein radikaler Wandel: Verkehr!

Am 14. Januar 2020 hat die Bundesregierung mit der Deutschen Bahn die „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung“ (LUFV III) unterzeichnet, die **der Bahn für die nächsten 10 Jahre 86 Mrd. Euro allein für Modernisierung, Digitalisierung, Instandsetzung und Betrieb garantiert** – das sind zusätzlich 1,2 Mrd. Euro pro Jahr und gegenüber 2014 sogar eine Verdoppelung. **Zusätzlich (!)** wurden die Verkehrsinvestitionen im Bundeshaushalt 2020 auf ein **Rekordniveau von 15,3 Mrd. Euro gesteigert und klettern laut Finanzplan bis 2023 sogar auf 17,2 Mrd. Euro** – davon werden Investitionen in die Schiene überproportional profitieren. **Zusätzlich (!) stärken wir als Bund das Eigenkapital der Deutschen Bahn AG um vier Milliarden Euro (1 Mrd. pro Jahr bis 2023)**. So geben wir der Bahn als Kern der klimafreundlichen Verkehrswende und der erforderlichen CO₂-Einsparungen Planungssicherheit bis 2029. Am 15. November 2019 hat der Bundestag bereits ein Gesetz beschlossen, durch das einerseits zum 1. Januar 2020 die Luftverkehrsabgabe – und damit das (innerdeutsche) Fliegen – teurer wird, während wir gleichzeitig **die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten im Fernverkehr von 19%**

„OHNE die SPD würde weder dieses noch irgendein anderes Klimaschutzpaket in Deutschland überhaupt existieren.“

auf 7% gesenkt haben (Kosten: 1 Mrd. Euro bis 2023).

Außerdem wird der Bund **massiv in den Ausbau von U- und S-Bahnnetzen in den Ballungszentren investieren**, obwohl der ÖPNV eigentlich Ländersache ist. Zur Entlastung von Metropolen wie Hamburg und ihrer ländlichen Nachbarkommunen stellt **der Bund 1,2 Mrd. Euro bereit, damit die Berufspendler künftig eher das Auto stehen lassen können**. Weitere **900 Mio. Euro gibt es für die massive Förderung von Radwegen** gerade auch mit Blick auf Berufspendler. Bis 2030 wollen wir erreichen, dass **sieben bis zehn Millionen E-Autos in Deutschland** zugelassen sind. Mit einer Kaufprämie bezuschusst werden vor allem E-Autos, die unter 40.000 Euro kosten. Parallel dazu fördert der Bund den Ausbau der Ladeinfrastruktur: Bis 2030 soll es in Deutschland insgesamt **eine Million Ladepunkte für E-Fahrzeuge** geben. Insgesamt wird die E-Mobilität mit ca. 9,3 Mrd. Euro gefördert – ein Kraftakt! Im ländlichen Raum ist man stärker auf das Auto angewiesen als in der Stadt und nicht jede(r) kann – trotz Förderung – in wenigen Jahren auf ein E-Auto oder auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Deshalb wird als Bestandteil des Klimaschutzpaketes **die Pendlerpauschale für Fernpendelnde (also Pendler, die pro Strecke über 20 Kilometer zurücklegen müssen) ab 01. Januar 2021 von derzeit 30 auf 35 Cent erhöht, ab 2024 bis 2026 auf 38 Cent**.

Wohnen und energetische Gebäudesanierung

Wer noch eine alte Ölheizung hat, wird für den Austausch gegen ein klimafreundlicheres Modell in den nächsten Jahren mit bis zu 40 Prozent der Kosten gefördert. Das ist auch deshalb klug, weil ab 2026 der Einbau neuer Ölheizungen nicht mehr gestattet wird – sie sind ein „Auslaufmodell“. Für diese **Maßnahmen zur CO₂-Einsparung im Gebäudebereich (z.B. für Förderprogramme für umweltfreundliche Heizungen und Pumpen) stellt der Bund bis 2023 rund 13,1 Mrd. Euro im Haushalt bereit**. Man kann sich künftig auch für eine steuerliche Förderung energetischer Sanierungen (auch bei kleinen Modernisierungen wie dem Einbau energiesparender Fenster oder der Dämmung

von Dächern und Außenwänden) entscheiden: Dafür sind weitere 900 Mio. Euro bis 2023 eingeplant.

Ausbau der Erneuerbaren Energien stärken!

Wir müssen – um unsere Klimaziele 2030 (65 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030) zu erreichen – deutlich besser beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden. Das gilt vor allem auch für die Windkraftanlagen an Land, wo CDU-Wirtschaftsminister Altmaier leider absolut auf der „Bremse“ steht. Aber was glückt jetzt immerhin? **Wir werden den „Deckel“ – also die künstliche Begrenzung – des Ausbaus von Solarstrom-Anlagen streichen und den „Deckel“ für Offshore-Windkraft deutlich anheben** (von 15 GW auf 20 GW bis 2030) **sowie die Regelungen für die Windkraft an Land bundesweit vereinheitlichen.** Für die Windkraft an Land wird es **bundesweit einen Mindestabstand zu „Wohngebieten“ von 1.000 Meter geben, wobei die Länder binnen der kommenden 18 Monate ermächtigt sind, auch deutlich geringere Abstände für ihr Bundesland festzulegen.** Im 1. Quartal 2020 soll ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, das Standortkommunen von Windkraftanlagen die Chance geben soll, zusätzliche kommunale Einnahmen an den Erträgen der Windkraftanlagen zu erzielen, um die Akzeptanz für den Ausbau zu stärken – auch die Beteiligung durch so genannte

„Bürgerwindparks“ soll verbessert werden. **Die EEG-Umlage wird in den nächsten Jahren schrittweise massiv gesenkt und entlastet damit alle Haushalte beim Strompreis.** Ebenfalls werden wir die Rahmenbedingungen für Mieterstrom so gestalten, dass der selbst produzierte Strom einfacher als bisher selbst genutzt werden kann.

Kohlenstoffdioxid-Ausstoß muss teurer werden - sozialverträglich den Wandel schaffen

Auf europäischer Ebene hat sich die Einführung des CO₂-Zertifikatehandels bei Energiewirtschaft und energieintensiven Industriebetrieben (2005) sowie beim EU-Luftverkehr (2012) mehr als bewährt: **2020 werden die Kohlendioxid-Emissionen in Europa 21 Prozent unter (!) dem Niveau von 2005 liegen!** Wegen dieser „Erfolgsstory“ werden wir nun zusätzlich **eine CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudebereich ab 01. Januar 2021 einführen:** Die Emissionszertifikate werden zu einem jährlich ansteigenden Festpreis von 25 Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben – zum 01. Januar **2022 und 2023 steigt der Preis dann jeweils um 5 Euro auf 30 bzw. 35 Euro. 2024 und 2025 wird der Preis um jeweils 10 Euro auf 45 bzw. 55 Euro erhöht. Ab 2026 wird ein Preiskorridor von mindestens 55 Euro und höchstens 65 Euro pro Emissionszertifikat festgelegt.** Diese schrittweise Erhöhung soll

eine **sozial verträgliche Umsteuerung beim Kampf gegen den Klimawandel zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen – die öffentlichen Einnahmen des höheren CO₂-Preises fließen zu 100 Prozent in die Absenkung der EEG-Umlage und damit in die Entlastung bei den Stromkosten sowie in die Erhöhung der Entfernungspauschale bis 2026. Sie kommen damit direkt und vollständig den Haushalten zu Gute.**



Bei der internationalen Klimakonferenz in Madrid am 09.12.19

ERFOLGE FÜR DEN WAHLKREIS

Besichtigung der Kirche in
Bannesdorf am 29.03.19
Foto: Fehmarnsches Tageblatt



Als erste weibliche Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium für Haushalt und Europa bin ich nach 17 Jahren zwar nicht mehr ordentliches Mitglied des Haushaltsausschusses, jedoch in jeder Sitzung des Haushaltsausschusses – und aller seiner vielen Unterausschüsse – von der ersten bis zur letzten Minute für die Bundesregierung dabei. Mit den Chef-Haushältern der GroKo verbringe ich deshalb die meisten Stunden in jeder Sitzungswoche. Insofern ist klar: Durch meinen „Positionswechsel“ ist mein Einfluss auf Entscheidungen der SPD-Haushälter natürlich eher größer als kleiner geworden.

2019 erhielten wieder viele Kommunen in meinem Wahlkreis zwischen Fehmarn und Reinfeld Bundesförderung und damit gute Nachrichten aus Berlin. Für das erfolgreiche Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ gab es 2019 zwei Zusagen für Projektförderung in Ostholstein: Die **Stadt Oldenburg erhält bereits zum zweiten Mal für das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium eine fast 50-prozentige Bundesförderung in Höhe von 3,17 Mio. Euro** für eine neue Dreifeld-Mehrzweckhalle – 2017 waren für die Sanierung der Aula bereits 752.000 Euro

bewilligt worden! Gleichzeitig wurde für die **Sanierung der Freilichtbühne der Festspiele Eutin eine Bundesförderung von 1,6 Mio. Euro** beschlossen.

Mit dem 8. Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes werden bundesweit 228 nationale Denkmalschutzprojekte mit 40 Mio. Euro gefördert. Dabei sind die **St.-Petri-Kirche in Landkirchen/Fehmarn (nach der Glockenturm-Sanierung schon das 2. Mal!) und die St.-Johannis-Kirche in Bannesdorf/Fehmarn, die zusammen 479.000 Euro aus Berlin erhalten, auch die Feldstein-Kirche St. Petri in Bosau ist mit einer Zusage über 53.000 Euro** dabei. Zum 800. Geburtstag 2021 wird die wunderschöne **Kirche in Zarpfen/Nordstormarn** in neuem Glanz erstrahlen, weil die Sanierungsarbeiten jetzt **mit 41.000 Euro vom Bund gefördert** werden. Bereits 2018 wurde aus diesem Bundesprogramm das **Schloss Eutin mit weiteren 400.000 Euro unterstützt**, und die **St.-Jürgen-Kirche in Grube erhielt als 2. Tranche 110.000 Euro** – insgesamt also die stolze Summe von **550.000 Euro**. Weitere **1,09 Mio. Euro** wurden schon 2018 für die dringend nötige **Sanierung der St.-Laurentius-Kirche in Süsel bereitgestellt**. Die **Kulturstadt Lübeck**

in unserer Nähe hat mit ihrem historischen Erbe immer einen ganz besonders großen Bedarf an Unterstützung. **Ich freue mich, dass der Bund 2020 mit 18,5 Mio. Euro die Sanierung der Marienkirche und des Theaters unterstützen wird.** Auch das großartige **Programm des Musikfestivals „Classical Beat“** wird gefördert: **Über 375.000 Euro stehen für die nächsten Jahre im Kulturhaushalt bereit.** 2020 wird im Mai über das 9. Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes entschieden: Ich besuchte am 02. Dezember 2019 mit **Chef-Haushälter Johannes Kahrs Bad Schwartau.** Gemeinsam haben wir unsere Unterstützung für die **Sanierung des alten Amtsgerichtes am Markt** mit Bundesmitteln zugesagt, das die Stadt Bad Schwartau 2019 gekauft hat.

Nachdem die Stadt **Neustadt sich schon 2018 über 4 Mio. Euro für den Um- und Anbau des BUND-Umwelthauses** freuen konnte, jubelte ein Jahr später die Stadt Reinfeld um SPD-Bürgermeister Heiko Gerstmann: Für die Sanierung der historischen Karpfenteiche **erhält Reinfeld eine Förderung in Höhe von 1,3 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm**

„Biologische Vielfalt“. Auch in Lensahn war die Freude groß: Die Förderung des **Museumshofes in Lensahn mit 380.000 Euro** aus Bundesmitteln ist gesichert.

Auch wenn ich seit meiner Ernennung zur parlamentarischen Staatssekretärin noch viel mehr Zeit in Berlin verbringen muss und deutlich weniger „zu Hause“ in Ostholstein sein kann, versuche ich in jeder freien Stunde den direkten Austausch mit den Menschen vor Ort zu pflegen: mit den ehrenamtlich Aktiven, mit Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen sowie Organisationen, mit Betriebsräten oder bei meinen traditionellen „Rathausgesprächen“. Besonders oft bin ich jedoch – nach wie vor – im Gespräch mit unserer jungen Generation. In zahlreichen Schulbesuchen war 2019 das Thema Nummer 1 bei fast allen Schülerinnen und Schülern – wie sollte es anders sein – der Klimawandel und die Fridays-for-Future-Demonstrationen. Eine Auflistung meiner Wahlkreisaktivitäten ist hier zu finden: <https://www.bettina-hagedorn.de/veranstaltungen-im-wahlkreis-2019/>



Mit Johannes Jahrs und Uwe Brinkmann vor dem Amtsgericht Bad Schwartau am 02.12.19

2019:

100-JAHRE-FRAUENWAHLRECHT • 8. „LADIES-DAY“ IM HANSA-PARK • 50 POWER-FRAUEN IN BERLIN!



50 „Power-Frauen“ mit mir vor der Reichstagskuppel am 21.11.19 in Berlin

Das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ war 2019 eingebettet in eine ganze Reihe von politisch historischen Jubiläen, die alle mit dem **Kampf der Arbeiter- und Frauenbewegung vor 100 Jahren**, dem Ende von Kaiserzeit und 1. Weltkrieg 1918/1919 sowie dem revolutionären Umbruch (mit u.a. dem Matrosenaufstand in Kiel im November 1918) und dem Aufbruch in die 1. Deutsche Republik mit der Weimarer Verfassung und der **Einführung des Frauenwahlrechts** zusammenhängen. So präsentierte ich am 18. April in Dessau (Sachsen-Anhalt) die Gedenkmünze für „100 Jahre Bauhaus“ als damaliger Aufbruch in die Moderne der Künstler und Handwerker und am 24. April in Suhl (Thüringen) die Sonderbriefmarke zu „100 Jahre Volkshochschulen“ zur Erinnerung an den Erfolg der Arbeiter-Bildungsvereine für einen freien Bildungszugang für alle Bürgerinnen und Bürger. Aber mein persönliches „Highlight“ war definitiv die Präsentation der 20-Euro-Gedenkmünze zu

„100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin im Rahmen des Festaktes zum Jubiläum des Frauenwahlrechts. Bei dieser wunderschönen „Geburtstagsfeier“ überreichte ich die **Sondermünze „100 Jahre Frauenwahlrecht“ nicht nur offiziell an die aktuelle Bundesfrauenministerin Franziska Giffey**, sondern auch an ihre Vorgängerinnen im Amt Prof. Dr. Rita Süßmuth, Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Bergmann, Manuela Schwesig, Katarina Barley und die heutige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.



Das berühmte „Selfie“ von Manuela Schwesig, Foto: BMFSJ.

Es gibt von dieser denkwürdigen, fröhlichen Frauen-Feier viele Fotos - aber das „Selfie“ von Manuela Schwesig mit der Kanzlerin schaffte es am nächsten Tag sogar als „Bild des Tages“ auf die Seite Eins der BILD-Zeitung. Mit dieser 20-Euro-Gedenkmünze in Sterling-Silber habe ich am 2. März 2019 auf dem SPD-Kreisparteitag in Grömitz auch meine Vorgängerin als Bundestagsabgeordnete Antje-Marie Steen aus Anlass ihres 80. Geburtstages geehrt.

Am 17. Januar 2019 setzten wir Sozialdemokraten (gegen den anfänglichen Widerstand von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble!) eine großartige Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag durch, in der wir an die erste Rede einer weiblichen Abgeordneten in einem Deutschen Parlament erinnerten: Genau vor 100 Jahren hielt 1919 die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau eine bemerkenswerte Rede, die noch heute aktuell ist und in der sie klug, mutig und selbstbewusst für mehr Frauenrechte stritt. An diesem Plenartag trugen alle SPD-Frauen (wie 1919!) weiße Blusen und setzten damit auch optisch ein bewusstes Zeichen, das - bemerkenswerterweise - wenige Wochen später von den frisch gewählten demokratischen Frauen im US-

Repräsentantenhaus werbewirksam kopiert wurde.

Neben ihrer Arbeit als SPD-Abgeordnete gründete Marie Juchacz in den zwanziger Jahren übrigens die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland, denn die Frauen der Weimarer Republik waren nie nur couragierte Vorkämpferinnen für mehr Gleichberechtigung in Deutschland, sondern immer auch für sozialen Fortschritt und Frieden. Nach dem 2. Weltkrieg waren es Frauen wie die SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert, die 1948 in unserem Grundgesetz (gegen massiven Widerstand!) den Artikel 3 als Meilenstein durchsetzten, der der Gleichberechtigung endlich Verfassungsrang gab: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Aber auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist die Gleichberechtigung keineswegs vollendet.

Im Deutschen Bundestag war der Anteil weiblicher Abgeordneter im Übrigen schon einmal deutlich höher als aktuell: Lag er in der vergangenen Legislaturperiode noch bei 36,5 Prozent, so schrumpfte der Frauenanteil nach der Wahl 2017 auf nur noch knapp über 30



02.03.19: Mit meiner Vorgängerin Antje-Marie Steen (von 1990 - 2002 im Deutschen Bundestag) anlässlich ihres 80. Geburtstags und MdL Sandra Redmann in Grömitz

Prozent. Insbesondere die Fraktionen der AfD (10,6 Prozent), FDP (22,5 Prozent) und auch der CDU/CSU (20 Prozent) zeigen ein katastrophal ungleiches Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten. Auch die SPD-Bundestagsfraktion kann und sollte noch weiblicher werden: **Aktuell liegt unser Frauenanteil im Bundestag aber immerhin bei gut 42 Prozent.**

Besonders stolz bin ich daher auch, dass gerade in diesem „besonderen“ Jahr 2019 nicht nur mein 8. Ladies Day am 18. Juni 2019 im Hansa-Park in Sierksdorf mit über 110 Teilnehmerinnen wieder ein voller Erfolg wurde, sondern ich

Ende November zum zweiten Mal eine „Ladies-Fahrt“ nach Berlin auf die Beine stellte: 50 „Power-Frauen“ aus Ostholstein und Stormarn besuchten mich in Berlin, um nicht nur das Bundeskanzleramt, die Reichstagskuppel, „mein“ Bundesfinanzministerium und das Willy-Brandt-Haus zu besichtigen, sondern auch mit mir gemeinsam der bemerkenswerten WeiberWirtschaft eG als größte Frauengenossenschaft Europas einen Besuch abzustatten, die seit 25 Jahren Existenzgründerinnen unterstützt und einen riesigen Gewerbehof betreibt. Diese Eindrücke waren für alle faszinierend!

18.06.19: „Ladies-Day“ im Hansa-Park mit Chefin Claudia Leicht (u.r.) u. Sängerin Lene Krämer



2019:

1. SPD-MITGLIEDER- ENTSCHEID FÜR EINE DOPPELSPITZE

Das Europawahlergebnis am 26. Mai 2019 war für uns Sozialdemokraten eine einzige Enttäuschung – sowohl im Kreis als auch im Land und im Bund. Dass die SPD in der Woche nach der Europawahl allerdings erneut um weitere Prozentpunkte auf ein historisches Tief in den Umfragen abgestürzt ist, liegt aus meiner Sicht unter anderem auch daran, wie wir mit diesem katastrophalen Wahlergebnis öffentlich umgegangen sind. **Einer Partei, die für Solidarität stehen will, verzeiht die Öffentlichkeit weniger als anderen, wenn es im Umgang miteinander an genau dieser Solidarität fehlt. Der konsequente Rücktritt von Andrea Nahles als 1. Frau als Fraktions- und Parteivorsitzende von allen Ämtern** nach nur gut einem Jahr und ihr kompletter Rückzug aus der Politik markierte einen Einschnitt für unsere Partei, dem eine sechsmonatige mühsame Neuaufstellung an der Parteispitze folgte: der 1. Mitgliederentscheid in der SPD zur Auswahl einer neuen Führung als Doppelspitze. **Besonderen Dank schuldet die SPD in dieser schwierigen Zeit in jedem Fall dem Dreier-Team mit Manuela Schwesig, Torsten Schäfer-Gümbel und - vor allem – der großartigen Malu Dreyer**, die als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz zusätzlich diese Aufgabe als kommissarische SPD-Vorsitzende meisterte und mit ihrer Empathie und ihrem klaren Kompass dafür sorgte, dass die SPD sich in dieser Zeit nicht weiter „zerlegte“. Enttäuschend war für mich persönlich, dass sich bei dem **Mitgliederentscheid nur 54 Prozent der SPD-Mitglieder überhaupt beteiligt haben, nachdem wir bei dem Mitgliederentscheid 2018 zum Koalitionsvertrag mit der GroKo noch 73 Prozent Wahlbeteiligung** durch die Mitglieder hatten. Klar ist: Je höher die Wahlbeteiligung, umso höher ist die demokratische Legitimation, die man sich mit einem solchen aufwendigen Verfahren ja immer wünscht. 2020 werden jetzt

Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken mit ihrem neuen Team im Willy-Brandt-Haus die Weichen stellen müssen, dass es mit der SPD – auch in den Meinungsumfragen – wieder aufwärts gehen kann.



Mit der großartigen Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und 2019 kommissarische Parteichefin

MEINE BÜRO-TEAMS *als Stütze meiner Arbeit*

Ein großes Dankeschön geht an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesfinanzministerium, im Bundestag in Berlin und im Wahlkreis in Eutin. Meine beiden langjährigen Mitarbeiterinnen im Bundestag Nadine Kadelka und Ann-Christin Wehmeyer (seit 2019: Beckmann!) sind mir nach meiner Berufung als Parlamentarische Staatssekretärin in mein drittes (!) Büro ins Bundesministerium der Finanzen gefolgt und bilden jetzt in dem neuen 5er-Team dort das Herzstück als langjährige Vertraute, die genau wissen, wie ich „ticke“.

Im Berliner Paul-Löbe-Haus kümmert sich jetzt der Ex-Fehmaraner Ansgar Lücke, der schon seit 2015 als Student bei mir im Büro arbeitete, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie um die Besuchergruppen – als Nachfolger von Nadine

Kadelka. Die wissenschaftliche Arbeit liegt seit November 2017 in den Händen von Laura Adebahr und seit Juli 2018 auch von Jan Jensen, der mir schon seit vielen Jahren als Juso in Ostholstein und als Stockelsdorfer Gemeindevertreter vertraut ist und direkt nach seinem Studium in Liverpool in mein Berliner Team kam. Zusätzlich unterstützen mich in Berlin als studentische Mitarbeiter Till Weber aus Neumünster und Jasper Wiezorek aus Ahrensböök.

Im Eutiner Wahlkreisbüro kümmert sich Regina Voß seit 16 Jahren (seit 2012 auch ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und 2018 mit absoluter SPD-Mehrheit wiedergewählt!) um absolut ALLES und wird schon seit Mai 2016 dabei von Angela Hüttmann unterstützt (langjährige SPD OV-Vorsitzende und unter anderem Schulverbandsvorsteherin in Schönwalde).

Im November 2018 ist Wiebke Aldenhoff neu als Verstärkung dazugekommen, die sich ebenfalls in Kasseedorf für unsere SPD in der Gemeindevertretung engagiert. Alle drei arbeiten abwechselnd halbtags und kümmern sich um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt, sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, für Vereine, Verbände und Institutionen. Sie organisieren meine Termine im Norden und sämtliche Besuchergruppen. Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön. Ich freue mich auf die nächsten Jahre mit meinem Team!

Mit diesen Zeilen wünsche ich Ihnen und uns allen ein glückliches – vor allem gesundes – und erfolgreiches 2020!

Mit herzlichen Grüßen

Jhse Bettina Hagedorn

WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

„Mein“ Team im Bundesfinanzministerium



„Mein“ Team im Berliner Bundestagsbüro



ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN:
QUELLE BÜRO HAGEDORN